

Lehment, Harmen

Article — Digitized Version

Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland: zur Tarifpolitik der kommenden Jahre

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Lehment, Harmen (1993) : Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland: zur Tarifpolitik der kommenden Jahre, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 302-310

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1571>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland – Zur Tarifpolitik der kommenden Jahre

Von **Harmen Lehment**

Für Westdeutschland läßt sich bis 1990 ein signifikanter Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung feststellen [Lehment, 1991]. Dieser Zusammenhang gilt auch nach der deutschen Einigung.

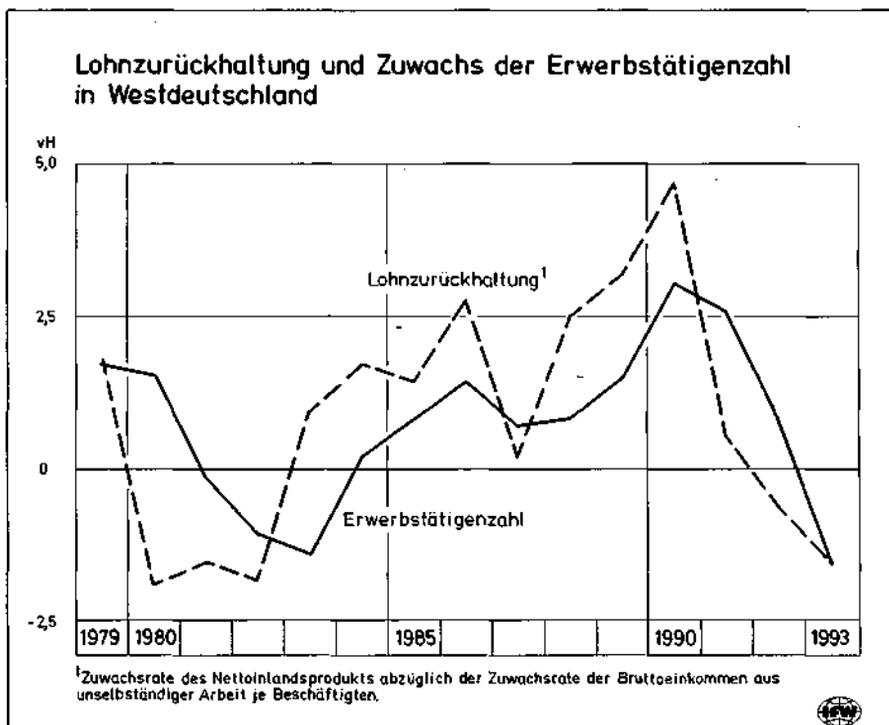
Wie Schaubild 1 zeigt, gab es im Zeitraum 1983–1990 eine ausgeprägte Lohnzurückhaltung, in der Weise, daß die Bruttoeinkommen je Beschäftigten deutlich weniger stark zunahmen als die verteilbare gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (gemessen anhand des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten in laufenden Preisen NIP).¹ Die Lohnzurückhaltung zog einen kräftigen Anstieg der Erwerbstätigenzahl nach sich: Insgesamt wurden in Westdeutschland rund 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Nach der deutschen Einigung wurde die Politik der Lohnzurückhaltung nicht beibehalten. 1992/93 stiegen die Löhne in Westdeutschland – wie früher schon in der Periode 1980/82 – merklich stärker als das Nettoinlandsprodukt. Die Folge ist – ähnlich wie Anfang der achtziger Jahre – ein Beschäftigungsrückgang: Die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland dürfte im Jahresdurchschnitt 1993 um rund 500 000 niedriger liegen als im Vorjahr [Boss et al., 1993]. Im Vergleich zur Rezession von 1980/82 erfolgt der Beschäftigungsrückgang diesmal vergleichsweise rasch und stark. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß die Unternehmen des Industriesektors vergleichsweise heftiger getroffen wurden als Anfang der achtziger Jahre und vielfach zudem die Wettbewerbschancen am Produktionsstandort Deutschland auch auf mittlere Sicht ungünstiger eingeschätzt werden als früher, da sich in den mittel- und osteuropäischen Staaten neue kostengünstige Alternativen eröffnet haben und auch die Wettbewerbsposition innerhalb der EG durch die kräftigen realen Abwertungen einiger Mitgliedswährungen geschwächt worden ist.

Tabelle 1 dokumentiert den Umschwung bei der Lohnpolitik anhand einiger Kennzahlen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in Westdeutschland im Durchschnitt der Jahre 1983/90 um 5 1/2 vH. Im gleichen Ausmaß nahm das Nettoinlandsprodukt (NIP) als Maßstab für den verteilbaren Wertschöpfungszuwachs zu. Da die

¹ Das Nettoinlandsprodukt ist als Bezugsgröße geeigneter als das in einer früheren Studie [Lehment, 1991] verwendete Volkseinkommen, da letzteres auch Nettofaktoreinkommen aus dem Ausland enthält, die den lohnpolitischen Verteilungsrahmen im Inland grundsätzlich nicht berühren.

In der Literatur wird der Begriff der Lohnzurückhaltung verschiedentlich in einem anderen Sinne gebraucht, nämlich als Zurückbleiben des Lohnanstiegs hinter dem Zuwachs der Wertschöpfung je Beschäftigten (Produktivität), so etwa beim Sachverständigenrat [1976, TZ 118]. Zu den Vorteilen des hier verwendeten Konzepts vgl. die Ausführungen in der Appendix.

Schaubild 1



Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten lediglich um $3\frac{1}{2}$ vH stiegen, ergab sich eine Nominallohnzurückhaltung von durchschnittlich 2 Prozentpunkten pro Jahr, die als maßgeblich für den nachfolgenden kräftigen Anstieg der Erwerbstätigenzahl – er lag im Durchschnitt 1984/91 bei fast $1\frac{1}{2}$ vH pro Jahr – angesehen werden kann.

1992/93 dürfte das nominale BIP in der Bundesrepublik insgesamt mit durchschnittlich $5\frac{1}{2}$ vH ähnlich stark zunehmen wie in Westdeutschland 1983/90. Wegen der deutlichen Erhöhungen der indirekten Steuern liegt die Zuwachsrates des NIP allerdings um rund 1 vH niedriger. Die Lohnpolitik hat auf diese Verringerung des Verteilungsspielraums nicht reagiert. Im Gegenteil: Der Lohnanstieg in Gesamtdeutschland fällt 1992/93 im Schnitt mit rund 7 vH etwa doppelt so hoch aus wie in Westdeutschland 1983/90, mit dem Resultat, daß die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten um durchschnittlich rund $2\frac{1}{2}$ Prozentpunkte pro Jahr stärker zunehmen dürften als die am NIP gemessene verteilbare Wertschöpfung. Der starke Lohnanstieg beruht vor allem auf den hohen Tarifabschlüssen in Ostdeutschland. Aber auch in Westdeutschland ist 1992/93 keine Lohnzurückhaltung festzustellen: Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrates der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten liegt mit rund 4 vH um einen Prozentpunkt über der Zuwachsrates des westdeutschen Nettoinlandsprodukts.

Tabelle 1 – Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten von Inlandsprodukt und Löhnen in der Bundesrepublik Deutschland 1983/90 und 1992/93 (vH)

	West- deutschland 1983/90	Bundesrepublik insgesamt 1992/93	West- deutschland 1992/93
Bruttoinlandsprodukt	5 1/2	5 1/2	4
Nettoinlandsprodukt	5 1/2	4 1/2	3
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten	3 1/2	7	4
Lohnzurückhaltung ¹	2	-2 1/2	-1

¹ Differenz der Werte in Zeile 2 und Zeile 3. -

Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute [1993]; eigene Berechnungen.

Die lohnpolitische Übersteigerung der Jahre 1992/93 dürfte – dem üblichen Muster folgend – auf 1994 ausstrahlen; so wird damit gerechnet, daß die Zahl der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik insgesamt nochmals um etwa 0,5 Millionen zurückgeht [Boss et al., 1993]. Diese ungünstigen kurzfristigen Aussichten sollten aber nicht vergessen lassen, daß für die zweite Hälfte der neunziger Jahre – ähnlich wie für die Zeit nach 1983 – das Potential für einen kräftigen Aufschwung gegeben ist.

Soll dieses Potential genutzt werden, so bedarf es allerdings zurückhaltender Tarifabschlüsse. Was bedeutet dies konkret? Im Rahmen ihrer potentialorientierten Geldpolitik strebt die Bundesbank derzeit eine mittelfristige Ausweitung des gesamtdeutschen BIP um reichlich 5 vH an. Erhöht der Staat die indirekten Steuern, wie es für 1994 vorgesehen ist, so fällt der Anstieg des NIP geringer aus. Bei vorsichtiger Einschätzung des künftigen Verteilungsrahmens ist daher für die kommenden Jahre ein Anstieg des gesamtdeutschen NIP in der Größenordnung von 4 1/2 vH zu erwarten.² Soll die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ähnlich kräftig steigen wie nach 1983, so bedarf es dazu vermutlich einer vergleichbar deutlichen Lohnzurückhaltung.³ Bei dem hier unterstellten An-

² Das gilt auch deshalb, weil die Bundesbank den derzeit vorgenommenen Zuschlag für administrativ bedingte Preiserhöhungen, vor allem in Ostdeutschland, vermutlich nur begrenzte Zeit beibehalten wird.

³ Eine genaue Schätzung des quantitativen Zusammenhangs ist deswegen schwierig, weil die für Westdeutschland ermittelte Relation zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigungszuwachs [Lehment, 1991] nicht ohne weiteres auf Gesamtdeutschland übertragen werden kann. Angesichts der hohen Lohnquote in den neuen Bundesländern und der zu erwartenden Absenkung in Richtung auf das westdeutsche Niveau ist damit zu rechnen, daß die Erwerbstätigenzahl nicht proportional

stieg des NIP wäre diese dann gegeben, wenn die Tarifabschlüsse dahin wirken, daß die Bruttoeinkommen je Beschäftigten im gesamtdeutschen Durchschnitt um etwa 2 1/2 vH steigen. Wegen des vielfach tariflich bereits vereinbarten überproportionalen Lohnanstiegs in Ostdeutschland müßten die Lohnzuwächse in Westdeutschland entsprechend geringer ausfallen.⁴ Zu berücksichtigen ist auch, daß eine Erhöhung von Lohnzusatzkosten, wie beispielsweise in Form der Anfang nächsten Jahres anstehenden Erhöhung der Rentenbeiträge, den Spielraum für Tarifloohnerhöhungen zusätzlich mindert.⁵

Gegen ein Absenken der Tariflohnzuwachsrate wird gelegentlich vorgebracht, daß dies die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schwächen und von daher kontraproduktiv wirken könne. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Entwicklung der monetären Gesamtnachfrage nicht von der Tarifpolitik, sondern maßgeblich von der Geldpolitik bestimmt wird [Lehment, 1992]. Dies bestätigt auch ein Blick auf Tabelle 1: So lag der Anstieg des BIP im Zeitraum 1983/90 erheblich höher als der Lohnanstieg.

Gegen eine Verminderung von Tariflohnzuwachsrate mag man auch einwenden, daß dies angesichts noch hoher Inflationsrate und der sich für 1994/95 abzeichnenden kräftigen Erhöhungen von Steuern und Abgaben schwer zu erreichen sei; einfacher wäre es – so das Argument – die erforderliche Nominallohnrückhaltung dadurch herbeizuführen, daß die Geldpolitik für eine entsprechend stärkere Zunahme der monetären Gesamtnachfrage sorgt. Dieses Argument erinnert an die bekannte Keynes'sche Position – mit dem Unterschied, daß im vorliegenden Fall nicht die Nominallöhne, sondern die (positiven) Tariflohnzuwachsrate als nach unten hin rigide Größe angesehen werden. Gegen das hier genannte Argument sind zwei Überlegungen vorzubringen. Zum einen wäre für die Arbeitnehmer real letztlich nichts gewonnen, wenn zwar die Nominallöhne stärker steigen aber zugleich eine expansivere Geldpolitik betrieben wird, die es den Unternehmen gestattet, den zusätzlichen Lohndruck über entsprechend höhere Preise weiterzugeben. Zum anderen würde eine solche akkommodierende Geldpolitik dem Ziel der Preisniveaustabilität grundsätzlich zuwiderlaufen.

Der beschäftigungspolitische Zwang in Richtung auf eine weitere Verminderung der Tariflohnzuwächse wäre dann weniger stark, wenn sich die Tarifparteien auf eine Verlängerung der Arbeitszeit einigen. Denn in dem Maße, in dem sich dadurch das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential erhöht, kann die Bundesbank im Rahmen ihrer potentialorientierten Politik eine stärkere Ausweitung von Geldmenge und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage anstreben,

zur Lohnzurückhaltung steigen wird; dies war allerdings in Westdeutschland im Zeitraum nach 1983 ähnlich, als sich die bereinigte Lohnquote, ausgehend von ihrem 1982 erreichten Höchststand, wieder deutlich verminderte.

⁴ Der Effekt der Anpassung der ostdeutschen Tariflöhne an das westdeutsche Niveau wird üblicherweise mit rund einem Prozentpunkt veranschlagt [Boss et al., 1993, Tab. 1 und 3].

⁵ Der Anstieg der Beitragssätze zur Rentenversicherung von derzeit 17,5 vH auf voraussichtlich 19,2 vH erhöht die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten um knapp einen Prozentpunkt.

ohne dadurch in Konflikt mit dem Ziel der Geldwertstabilität zu gelangen.⁶ Insgesamt ergäbe sich dadurch ein stärkeres wirtschaftliches Wachstum, an dem die Arbeitnehmer durch höhere Realeinkommen (und weniger Freizeit) partizipieren.

Die Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet dabei nicht einen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsplatzverlust, wie es verschiedentlich behauptet wird. Derartige Behauptungen fußen auf der These, daß es in einer Volkswirtschaft eine bestimmte Menge von Arbeitsstunden gäbe, die auf die einzelnen Arbeitnehmer aufzuteilen sei. Diese These ist empirisch ohne Gehalt; so hat beispielsweise die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Westdeutschland im Zeitraum 1984–1991 um reichlich 3 vH zugenommen, nachdem sie zuvor kontinuierlich zurückgegangen war. Die Menge der geleisteten Arbeitsstunden in einer Volkswirtschaft ist eben keine fest vorgegebene Größe, sondern hängt maßgeblich von der Lohnpolitik ab: Nominallohnzurückhaltung erhöht die Zahl der Beschäftigten und damit tendenziell den Umfang der geleisteten Arbeitsstunden; Arbeitszeitverkürzungen (bei gegebener Lohnentwicklung) wirken diesem Effekt entgegen. Ist die Nominallohnzurückhaltung genügend ausgeprägt, so kann der Beschäftigungseffekt den Effekt der Arbeitszeitverkürzung übersteigen, d. h., die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nimmt zu, so wie es im Zeitraum 1984–1991 der Fall war. In gleicher Weise läßt sich der Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden in dem davorliegenden Zeitraum erklären: Den erheblichen Arbeitszeitverkürzungen stand damals keine beschäftigungserhöhende Lohnzurückhaltung gegenüber (in den siebziger und frühen achtziger Jahren stiegen die Löhne insgesamt sogar deutlich stärker als das Nettoinlandsprodukt), so daß sich das Arbeitsvolumen entsprechend verminderte. Eine Verlängerung der Arbeitszeit steht somit nicht in Konflikt mit dem Ziel eines hohen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsgrades.

Diese Aussage steht in Einklang mit empirischen Untersuchungsergebnissen, die zeigen, daß die Entwicklung der Beschäftigung in Westdeutschland 1973–1990 mit dem Grad der Lohnzurückhaltung, nicht aber mit dem Ausmaß der vorgenommenen Arbeitszeitverkürzungen erklärt werden kann [Lehment, 1991, S. 79]. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Heise [1993]: Er verwendet als erklärende Variable für die Veränderung der Erwerbstätigenzahl die Veränderung der realen Investitionen und das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzungen, wobei sich der Erklärungsbeitrag der letztgenannten Variablen als insignifikant erweist.⁷

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die realen Investitionen eng mit dem Grad der Lohnzurückhaltung verknüpft sind. Für Westdeutschland wurde für den Zeitraum 1973–1990 eine Schätzgleichung getestet, bei der die Zuwachsraten der Bruttoanlageinvestitionen (*INV*) abhängt vom Grad der Lohnzurückhaltung (*LZ*) im laufenden Jahr und im jeweiligen Vorjahr; darüber

⁶ Diese Überlegung gilt auch für den derzeit diskutierten Fall einer Streichung von Feiertagen im Zuge der geplanten Einführung einer Pflegeversicherung.

⁷ Vgl. seine Tabelle 1; von daher ist nicht verständlich, warum Heise in Arbeitszeitverkürzungen trotzdem eine wichtige Maßnahme zur Beschäftigungssteigerung sieht.

hinaus wurde eine Dummy-Variable für die Jahre 1982–1990 (*D8290*) aufgenommen, um die Hypothese zu berücksichtigen, daß sich die Rentabilitätsanforderungen in der zweiten Hälfte des Beobachtungszeitraums erhöht haben [Lehment, 1991, S. 78]. Die Regression führte zu folgendem Ergebnis:⁸

$$\begin{aligned}
 INV = & 1.64 + 1.91 LZ + 0.67 LZ_{-1} - 3.11 D8290 \\
 & (2.38)^* \quad (7.37)^{**} \quad (2.66)^* \quad (2.71)^* \\
 \bar{R}^2 = & 0.86 \quad F = 29.62
 \end{aligned}$$

Gemäß der aufgeführten Schätzgleichung erhöht eine Lohnzurückhaltung im Ausmaß von einem Prozentpunkt die realen Investitionen im laufenden und im folgenden Jahr um insgesamt rund 2,5 vH.⁹ Das negative Vorzeichen der Dummy-Variablen bestätigt die Vermutung eines Anstiegs der Rentabilitätsanforderungen und einen daraus resultierenden dämpfenden Effekt auf die Investitionstätigkeit in der zweiten Hälfte des Beobachtungszeitraums. Auch bei einer Beschäftigungsanalyse, die die Investitionen in den Mittelpunkt stellt, gelangt man somit zu dem Ergebnis, daß Lohnzurückhaltung – durch ihren positiven Effekt auf die Investitionstätigkeit – die Beschäftigung fördert.

Fazit

In der Zeit nach 1983 wurden in Westdeutschland innerhalb von acht Jahren 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Für die zweite Hälfte der neunziger Jahre ist für Gesamtdeutschland eine ähnlich dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt möglich. Voraussetzung dafür ist eine Tariflohnpolitik, die darauf hinwirkt, daß der Anstieg der Bruttoeinkommen je Beschäftigten ähnlich deutlich hinter dem Anstieg des Nettoinlandsprodukts zurückbleibt wie in den Jahren 1983–1990, als der Abstand rund 2 Prozentpunkte betrug.

Einschränkend ist zu vermerken, daß eine beschäftigungsorientierte Tariflohnpolitik allein eine kräftige Zunahme der Beschäftigtenzahlen nicht in jedem Fall gewährleisten kann. Denn es ist vorstellbar, daß ein Teil der durch Tariflohnzurückhaltung geschaffenen Arbeitsplätze nicht besetzt werden kann, weil die Arbeitslosen entweder für die ausgeschriebenen Positionen nicht qualifiziert sind oder angebotene Arbeitsplätze nicht annehmen, da sie sich sonst – unter Abwägung aller relevanten Faktoren – schlechter stehen würden, als wenn sie

⁸ \bar{R}^2 bezeichnet das korrigierte Bestimmtheitsmaß, F den Wert des entsprechenden F -Tests. Die t -Testwerte sind in Klammern aufgeführt; ein Stern kennzeichnet Signifikanz auf dem 5 vH-Niveau, zwei Sterne Signifikanz auf dem 1 vH-Niveau.

⁹ Heise [1993] kann einen Einfluß von Lohnzurückhaltung auf die Investitionen nicht feststellen. Dies liegt allerdings daran, daß er nur den Zusammenhang zwischen der Investitionstätigkeit und dem Grad der Lohnzurückhaltung in den Vorjahren testet. Die gängigen Investitionstheorien behaupten jedoch nicht, daß die Investitionen von den Gewinnen der Vergangenheit bestimmt werden, sondern betonen die Rolle der erwarteten Gewinne, die wiederum in erheblichem Maße von dem laufenden Grad an Lohnzurückhaltung bestimmt werden. Insofern ist es erforderlich, die Lohnzurückhaltung im laufenden Jahr mit in die Erklärung der Investitionstätigkeit aufzunehmen.

weiterhin arbeitslos gemeldet sind. In diesem Fall bedarf es neben der Tariflohnzurückhaltung zusätzlicher flankierender Maßnahmen; gedacht werden kann dabei an berufliche Qualifizierungsmaßnahmen aber auch an einen Umbau des staatlichen Steuer-, Abgaben- und Sozialsystems, der die Leistungsanreize für die Arbeitnehmer erhöht. Helfen können in dieser Hinsicht auch Maßnahmen in Richtung auf eine Flexibilisierung und Verlängerung der Arbeitszeit, insofern als sie zu einer günstigeren Entwicklung der Realeinkommen führen.

Appendix

Zum Begriff der Lohnzurückhaltung:

Produktivitätsbezogene versus NIP-bezogene Betrachtungsweise

Traditionelle Konzepte einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik basieren auf der Hypothese, daß die Beschäftigung in einem Land zunimmt, wenn der Lohnanstieg hinter dem gesamtwirtschaftlichen- Produktivitätszuwachs zurückbleibt:

$$[1] \quad \hat{B} = a[(\hat{y} - \hat{B}) - \hat{w}]$$

wobei \hat{B} , \hat{y} und \hat{w} die Zuwachsraten der Beschäftigtenzahl, des realen Nettoinlandsprodukts und des Reallohnlevels bezeichnen; die Differenz $(\hat{y} - \hat{B})$ kennzeichnet den Produktivitätszuwachs. Durch Erweiterung mit der Preisanstiegsgeschwindigkeit kann Gleichung [1] auch geschrieben werden als

$$[2] \quad \hat{B} = a[(\hat{Y} - \hat{B}) - \hat{W}];$$

dabei stehen \hat{Y} für die Zuwachsrate des nominalen Nettoinlandsprodukts und \hat{W} für die Zuwachsrate des Nominallohnlevels. Gleichung [2] besagt, daß die Beschäftigung zunimmt, wenn die Nominallöhne weniger stark steigen als die Wertproduktivität $(\hat{Y} - \hat{B})$.

Von der produktivitätsbezogenen zur NIP-bezogenen Betrachtungsweise gelangt man, indem man den Term \hat{B} aus der Klammer und auf die linke Seite der Gleichung bringt:

$$[3] \quad \hat{B} = \frac{a}{1-a} [\hat{Y} - \hat{W}].$$

Die auf Gleichung [3] basierende NIP-bezogene Betrachtungsweise hat gegenüber der produktivitätsorientierten Betrachtungsweise zwei Vorteile. Zum einen haben sich die Gleichungen [1] oder [2] in empirischen Tests nicht bewährt. Dies liegt hauptsächlich daran, daß die Produktivität keine exogene Variable ist, sondern ihrerseits von Änderungen der Beschäftigung abhängt [Giersch, 1983; Klodt, 1986]. Bei Verwendung von Gleichung [3] tritt dieses Problem nicht auf; empirische Tests zeigen einen signifikanten, zeitlich verzögerten Einfluß der Variablen $[\hat{Y} - \hat{W}]$ auf die Beschäftigungsentwicklung [Lehment, 1991]. Darüber hinaus ist die Zuwachsrate des nominalen Nettoinlandsprodukts weitgehend unabhängig vom Ausmaß des Lohnanstiegs; sie wird

maßgeblich von der Geldpolitik bestimmt [Lehment, 1992], gegebenenfalls auch durch Änderungen von indirekten Steuern und Subventionen, die zu Abweichungen der NIP-Zuwachsrates von der BIP-Zuwachsrates führen.

Für eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik ergibt sich damit folgende Handlungsanweisung [Lehment, 1991]: Soll die Beschäftigung insgesamt steigen, so muß der durchschnittliche Anstieg der Tariflöhne hinter dem zu erwartenden Anstieg des nominalen Nettoinlandsprodukts zurückbleiben – Erhöhungen oder Senkungen der von den Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge sind dabei auf die Tarifvereinbarungen anzurechnen; der Grad der Lohnzurückhaltung in einzelnen Tarifbereichen kann entsprechend der Arbeitsmarktlage regional oder sektoral differenziert werden.

Das hier beschriebene NIP-bezogene Vorgehen ist der traditionellen gewerkschaftlichen Orientierung an einem Verteilungsrahmen, der bestimmt wird durch die Summe aus erwartetem Produktivitätszuwachs und erwarteter Preissteigerungsrate der Lebenshaltungskosten [Heise, 1993, S. 32], in verschiedener Hinsicht überlegen. Erstens ist der zu erwartende Produktivitätsanstieg keine exogene Größe; vielmehr hängt er – wie gezeigt – tendenziell von der Höhe des Lohnanstiegs ab. Zweitens ist auch die erwartete Inflationsrate keine exogene Größe, wenn es – wie in der Bundesrepublik üblich – Pilotabschlüsse gibt, die bestimmend für die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung sind und damit auch einen erheblichen Einfluß auf die künftige Preissteigerungsrate haben. Drittens hat schließlich die Orientierung an den Lebenshaltungskosten (statt an den Preisen der inländischen Wertschöpfung) den Nachteil, daß es dadurch leicht zu einer Fehleinschätzung des Verteilungsrahmens kommt; so erhöhen beispielsweise Preissteigerungen, die auf Erhöhungen von indirekten Steuern oder einem überproportionalen Anstieg der Importpreise beruhen, den lohnpolitischen Verteilungsspielraum nicht.

Eine Verbesserung des produktivitätsorientierten Ansatzes läßt sich erreichen, indem man nicht auf den erwarteten *tatsächlichen* Produktivitätsanstieg abstellt, sondern auf den erwarteten *beschäftigungsneutralen* Produktivitätsfortschritt. Allerdings stellt sich die Frage, wie dieser zu ermitteln ist [Klodt, 1986]. Auch wenn es gelingt, den zu erwartenden beschäftigungsneutralen Produktivitätsfortschritt befriedigend zu ermitteln, bleibt die Frage, welcher Wert für die erwartete Inflationsrate angesetzt werden soll. Diese Probleme treten bei einer NIP-bezogenen Vorgehensweise nicht auf.

Literaturverzeichnis

- ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGsinSTITUTE, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1993. ifo-Wirtschaftskonjunktur, H. 4, 1993, S. A1 – A35.
- BOSS, Alfred, Jörg DÖPKE, Malte FISCHER, Jörg W. KRÄMER, Enno LANGFELDT, Klaus Werner SCHATZ, „Bundesrepublik Deutschland: Tiefe Rezession – Belebung erst 1994“. Die Weltwirtschaft, 1993, S. 131–144.

- GIERSCH, Herbert, „Arbeit, Lohn und Produktivität“. *Weltwirtschaftliches Archiv*, Vol. 119, 1983, S. 1–18.
- HEISE, Arne, „Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigung – einige Anmerkungen“. *WSI Mitteilungen*, 1, 1993, S. 30–34.
- KLODT, Henning, „Lohnquote und Beschäftigung – Die Lohnlücke“. *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 201, 1986, S. 480–497.
- LEHMENT, Harmen, „Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973–1990“. *Die Weltwirtschaft*, H. 2, 1991, S. 72–85.
- , „Zum Zusammenhang zwischen Geldmenge und Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland“. *Die Weltwirtschaft*, 1992, S. 153–171.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, Jahresgutachten 1976/77. Stuttgart 1976.